

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1930

239 (14.10.1930)

Volkstreuend

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10 spalten Millimeterzeile kostet 12 Pfennig. Einzeilerzeile 20 Pfennig. Bei Wiederholung Rabatt nach Zeit, bei Nichterhaltung der Zeitungsstellen, bei gerichtlicher Betreuung und bei Anwesenheit der Redaktion im Ausland 25 Prozent Zuschlag. Bei Anzeigen im Ausland 50 Prozent Zuschlag. Bei Anzeigen im Ausland 50 Prozent Zuschlag.

Unsere wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wandern, Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk, Die Aufbekernde / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Bezugspreis monatlich 2,50 Mark o. Ohne Zustellung 2,30 Mark o. Durch die Post 2,66 Mark o. Einzelheft 15 Pfennig o. Erscheint 5mal wöchentlich vormittags 11 Uhr o. Postbestellnummer 2650 Karlsruhe o. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe 1, D., Waldstraße 28 o. Fernruf 7020 und 7021 o. Bestellen bei: J. J. Neumann, Neudammstraße 9; Z.-Zonen, Jagdhausstraße 12; Kallert, Rosenstraße 2; Offenburg, Republikstraße 9

Nummer 239

Karlsruhe, Dienstag, den 14. Oktober 1930

50. Jahrgang

Die Reichstagseröffnung

Erstes Geplänkel / Sozialdemokratischer Antrag auf Herabsetzung der Diäten, Ministergehälter und Ministerpensionen

Berlin, 13. Sept. (Eig. Draht.) Am Montag um 6 Uhr früh fanden die ersten Reuegerien für Eintrittskarten vor dem Portal des Reichstagsgebäudes an. Neun Stunden vor Beginn der Sitzung. Bis gegen Mittag hieß es vor dem Reichstag ruhig. Einzelne bildeten sich Gruppen, die nach bekannten Abgeordneten Ausschau hielten.

Am Saule setzten sich schon in den ersten Vormittagsstunden nationalsozialistische Abgeordnete in braunen Semden.

Auf der Straße schienen sie sich aber ihres Kostüms zu schämen, denn alle kamen in Ueberziehern, meist mit hochgeschlagenen Krägen. Das Gerücht, auch die Kommunisten wollten kostümiert auftreten, bestätigte sich nicht. Die linke Konkurrenz der Nationalsozialisten ging ganz anders in gut bürgerlicher Kleidung in den Reichstag. Sogar der wiedergewählte Reichstagspräsident Lehm wurde davon keine Ausnahme. Bald nach der Mittagsstunde wurde es in der Umgebung des Reichstags lebhaft.

Nach dem Beginn der Sitzung verließen alle Nationalsozialisten den Saal, um unmittelbar vor Eröffnung im Gästehaus hereinzuweichen, an der Spitze Dr. Frid, hinter ihm der noch nicht gewordene Gregor Straker. Der Reichstag machte über den Aufzug. Man machte noch einmal, als der kostümierte Frid neben dem Reichstagspräsidenten her auf einer Bank Platz nahm. Neben dem braunen Semd des Reichstagspräsidenten Dr. Frid, der im Kriege jeder Uniform weit ausgewichen ist, sah der elegante Gehrock des Herrn Reichstagspräsidenten aus. Der Reichstagspräsident Dr. Brüning hatte in den Reihen des Zentrums neben Dr. Kaas Platz genommen. Sogar sah auf der zweiten Bank der Sozialdemokraten.

Punkt 3 Uhr eröffnete der Reichstagspräsident Herold aus der Zentrumskolonie die Sitzung. Er betraf die provisorischen Schriftführer. Als der Nationalsozialist Göring, der militärische Adjutant Hitlers auf der Präsidententribüne erschien und höflich neben dem Reichstagspräsidenten Platz nahm, gab es langanhaltende Heiterkeit. Noch vor dem

Namensaufruf

wollten die Kommunisten durchaus einen Antrag zum Schutz der demokratischen Nationalsozialisten einbringen. Die Polizei, so entzifferte sich der kommunistische Vorfall, verweigerte vor dem Hause Demonstrierende. Er verlangte, daß die Polizei diese unbillige Behandlung der nationalsozialistischen Schreier sofort unterlasse. Der Reichstagspräsident beehrte den allzu eifrigen Kommunisten, daß erst der Namensaufruf vor sich zu gehen habe. Bei dem Aufruf vor bekannten parlamentarischen Namen gab es, wie auch früher, Anstößungen. Im allgemeinen aber verlief der Namensaufruf ohne jede Sensation; offensichtlich gaben sich die Nationalsozialisten Mühe, den parlamentarischen Sitten gerecht zu werden. Vielleicht haben sie auch dahingehende Befehle erhalten. Als der Name Dr. Frid aufgerufen wurde, erziehen von der Linken der idyllische Ruf: „Friedhof!“

Der Nationalsozialist Dr. Goebbels war noch nicht im Saal anwesend, als er aufgerufen wurde. Er hielt sich wegen seiner bekannten politischen Leidschmerzen bis nach Beginn der Sitzung zurück. Wenige Zeit später erschien er jedoch. Dabei hatte er nicht einmal den Hut, im Reichstag mit dem Braundemd zu erscheinen, sondern hatte sein nationalsozialistisches Kostüm mit einer kleinen Tüte verhängt. Goebbels strahlte über das ganze Gesicht, daß er für einige Zeit dem Staatsanwalt und dem Richter entronnen ist. Als die lächerliche Figur Dr. Goebbels durch die Reihen ging, riefen Kommunisten in Anspielung auf sein bekanntes orientalisches Aussehen:

„Haben Sie nicht den Keinen Kohn gesehen?“

Der deutschnationale Abg. Oldenburg-Januschau begrüßte demonstrativ seinen Platznachbar Dr. Goebbels. Etwas verwirrt gab es als unter den nationalsozialistischen Abgeordneten plötzlich der Name Rosenberg aufgerufen wurde. Spöttische Rufe von links her:

„Na na, Rosenberg?“

beantworteten die Nationalsozialisten mit: „Seil, Rosenberg“. Unmittelbar hinter dem Nationalsozialisten Rosenberg wurde der Sozialdemokrat Rosenfeld aufgerufen. Die Nationalsozialisten waren über den Gleichklang des antilemischen und des semitischen Namens so verblüfft, daß sie zu einer antilemischen Demonstration gegen den sozialdemokratischen Abgeordneten überhaupt nicht kamen.

Den Abschluß des Namensaufrufs bildete eine etwas verunglückte Demonstration der Kommunisten zu Gunsten der Berliner Metallarbeiter. Ein kommunistischer Abgeordneter forderte seine Fraktion zu einem dreimaligen „Rotfront!“ für den Streik in Berlin auf, aber nur wenige Kommunisten stimmten ein. Ein Teil der Nationalsozialisten quittierte diese Demonstration mit einem dreifachen „Nieder!“.

Inzwischen war ein sozialdemokratischer Antrag Breitscheid und Genossen eingetroffen, der die sofortige Verringerung der Aufwandsentschädigungen für die Abgeordneten und die sofortige Kürzung der Ministergehälter verlangte, außerdem die Kürzung der Ministerpensionen über 12 000 Mark. Die Nationalsozialisten waren über diese prompte Arbeit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion betroffen. Einige von ihnen begrüßten den „marxistischen“ Vorstoß mit lautem Bravo. Ein kommunistischer Antrag auf sofortige Freisetzung des in Haft befindlichen kommunistischen Abgeordneten Madalena wurde einstimmig angenommen. Als sich niemand gegen den Antrag erhob, und der erste Beschluß des Reichstags ein vollkommen einmütiges Haus zeigte, gab es wieder einmal Heiterkeit.

Von allen Seiten wurde gerufen: „Volksgemeinschaft“, so daß sich diese erste Sitzung reichlich abm anzulassen schien.

Gegen Ende wurde es lebendiger

und zum ersten Mal rückte die Gefahr von Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten heran.

Die Kommunisten ließen durch Toralor dem Antrag widersprechen, die nächste Reichstagsitzung erst am Mittwoch einberufen zu lassen. Toralor „entlarvte“ die Nationalsozialisten als Kuchhändler, die jetzt schon mit allen anderen Parteien des Reichstags über die Belegung des Reichstagspräsidenten verhandelten. Den Nationalsozialisten war diese Feststellung offensichtlich recht unangenehm. Sie versuchten den Kommunisten niederzuschreiben. Einige der Nationalsozialisten übten sich auf Trillerpfeifen.

Die Kommunisten beantragten, auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu bringen: Den Nahrungsauftrag gegen Reichstagspräsident Dr. Brüning, die Aufhebung der Notverordnungen, die sofortige Einstellung aller Neuzugänge, eine Forderung die von der eigenen kommunistischen Fraktion im wilden Nazi-Ueberzug demonstriert wurde. Ferner die Aufhebung des Verbots von Rotfront, eine Winterhilfe für die Arbeitslosen und sonstige Fürsorgeberechtigte, die sofortige Aufhebung des Berliner Schieds-

pruchs durch die Reichsregierung, die Einführung des Siebentages bei vollem Lohnausgleich.

Diesen kommunistischen Vorstoß empfanden die Nationalsozialisten als unfairen Wettbewerb und protestierten mit harter Lungenkraft. Sofort meldete sich der Nationalsozialist Dr. Frid zum Wort. Die Kommunisten begrüßten ihn mit „Vounaknecht, Vounaknecht, Reagerfeuer, Großverdiener“ und ähnlichen Liebenswürdigkeiten. Frid konnte sich kaum verständlich machen.

Vor der Tribüne trafen Kommunisten und Nationalsozialisten gegeneinander vor. Ein besonders jählich aussehender Herr im braunen Semd ließ sich auf die Tribüne setzen und schimpfte auf die Kommunisten los. Der Abg. Gregor Straker wählte seine zwei Zeilen zwischen die beiden Heere und mahnte seine Freunde zum Frieden. Es schien, daß an diesem Tage die stärkere oböfische Bereitschaft auf Seiten der Kommunisten lag. Wenigstens der Rotfrontgeneral Lehm sagte mit Stolz jedem, der es hören wollte, daß sie befähigt seien, die nationalsozialistische Lebermacht aus dem Saal hinauszuprügeln. Diese Kraftprobe blieb der ersten Reichstagsitzung erspart, wenn sie auch mancher Tribünenbesucher behauptet haben möge.

Gegen den kommunistischen Antrag, schon am Dienstag eine neue Reichstagsitzung abzuhaken, stimmten auch die Nationalsozialisten, die bei den kommunistischen Anträgen in ein hartes Hohngelächter ausbrachen. Es blieb bei der vom Reichstagspräsidenten vorgeschlagenen Tagesordnung, die also auch die sozialdemokratischen Senatusanträge enthält. Ein Versuch der deutschnationalen, auch schon den Amnestieantrag auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu bringen, scheiterte.

Die Berliner Urabstimmung

Endergebnis am Dienstag festgestellt

Berlin, 13. Okt. (Zundienst.) In den Betrieben der Berliner Metallindustrie wurde heute mit der Urabstimmung über die Annahme oder Ablehnung des am Freitagabend gefällten Schiedsspruches begonnen. Von den 276 Betrieben, die zur Zeit dem Verein Berliner Metallindustrieller angegeschlossen sind, lag bis Montagabend das Abstimmungsresultat aus 192 Betrieben vor. In diesen Betrieben sind 80 673 Stimmen abgegeben worden. Davon waren für Annahme des Schiedsspruches 14 811, für Ablehnung 64 592 Stimmen, ungültig 1770. Da in einem Teil der Betriebe montags nicht gearbeitet wird, ist das Endergebnis der Abstimmung erst bis Dienstagabend zu erwarten. Es ist jedoch schon jetzt kein Zweifel mehr daran möglich, daß sich für die Ablehnung des Schiedsspruches weit mehr als die statutarisch notwendige Dreiviertelmehrheit ergeben wird.

Die Führer der Sozialdemokratie hatten am Montagabend mit dem Reichstagspräsidenten eine Unterredung über die eventuellen Auswirkungen des Konflikts in der Berliner Metallindustrie. Im Verlauf des heutigen Vormittags wird der Reichstagspräsident eine Besprechung mit den Unternehmern der Metallindustrie haben.

Der Vorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes beschäftigte sich am Montagabend nochmals in einer mehrstündigen Sitzung mit dem Konflikt. Beschlüsse wurden nicht gefaßt.

Sanierungsvorschläge der Gewerkschaften

Der Bundesausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat sich im Reichswirtschaftsrat in einer zweitägigen Sitzung mit der Wirtschafts- und Finanzkrise beschäftigt.

schäftigt. An ein ausführliches Referat des Bundesvorsitzenden Leipzig über dieses Thema und eine umfangreiche Debatte schloß sich die Annahme einer Entschließung, in der die Stellung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zu den augenblicklichen Wirtschafts- und Finanzfragen zum Ausdruck kommt. Die Politik der Lohnentzug unter gleichzeitiger Steigerung der Lebensmittelpreise sind nicht vereinbar. Die Arbeitslosigkeit, die zur Verelendung breiter Volksmassen führe, erheischt gebieterisch eine Verkürzung der Arbeitszeit. Der Bundesausschuss fordere infolgedessen eine

gesetzliche 40stündige Arbeitswoche

unter gleichzeitiger Einführung eines allgemeinen 3manages zur Einstellung neuer Arbeitskräfte im Ausmaße der Arbeitszeitverlängerung.

Zur Entlastung des Arbeitsmarktes sei weiterhin erforderlich die Anrechnung des Arbeitsentgelts auf alle Pensionen und Wartegelder, soweit ihre Empfänger in beruflicher Arbeit stehen. Der Bundesausschuss verlangt zur Sicherstellung der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge die Aufrechterhaltung der Darlehenspflicht des Reiches und die Einhebung der notwendigen Summen in den Reichschat.

In einem besonderen Abschnitt beschäftigt sich die Entschließung dann mit den Reparationsfragen, deren Maß schon jetzt die Wiederherstellung der durch den Krieg verursachten Schäden überschritten habe; sie stellen eine Bürde dar, die das wirtschaftliche, soziale und kulturelle Leben aufs äußerste gefährdeten. Die grundsätzliche Haltung der Gewerkschaften auf

Annulierung der internationalen Kriegsschulden sei niemals aufzugeben worden.

Die schwere Reparationsbelastung gefährde nicht nur die Bewegungsfreiheit der deutschen Wirtschaft, sondern erschwere auch die Ueberwindung der Weltwirtschaftskrise, unter deren verhängnisvollen Folgen die Arbeiterklasse der gesamten Welt heute leide. Ein ausführlicher Bericht der bedeutungsvollen Sitzung folgt.

Janhagel in Berlin

Ein Sturm auf Geschäftshäuser

Berlin, 13. Okt. (Eig. Draht.) Janhagel stattete am Montag nachmittags zwischen 4 und 5 Uhr der Berliner Innenstadt einen Besuch ab.

Es waren halbwüchsige Burzchen, Anhänger des „dritten Reiches“, die unter Rufen, wie „Juden heraus“, und „Juda verreck“ vom Reichstag kommend, die Friedrich-Loebstrasse hinaufzogen und dort ihre Wut zunächst an den Scheiben des Kaffee Dabrin kühlten. Von hier aus zogen sie in die Leipziger Straße,

wo sämtliche Schaufenster des Kaufhauses Wertheim, 36 an der Zahl, mit Steinen beworfen wurden.

Unterdessen hatte sich der nationalsozialistische Mob in gleicher Weise auch in anderen Teilen des Zentrums betätigt, so wurden im Kaufhaus Grünsfeld 3, in dem

Damenmodenhäuser Emma Bette ebenfalls drei, in dem Seidenhaus Cords vier und in dem Kaufhaus Siegfried Behrendt drei Scheiben einzuwerfen.

Wie ein Lauffeuer ging die Nachricht von der wüsten Naziherde

durch die Straßen. Die Mehrzahl der arden Geschäfte schloßen daraufhin ihre Fensterscheiben durch

Serablassen der eisernen Jalousien.

In der Kronenstrasse richteten die Nazi die gleiche Attacke gegen die dortige

Filiale der Darmstädter, und Nationalbank. Auch hier wurde ein großes Schaufenster eingeworfen. Im „Großen Stern“ bedrohte das Gefindel einen

Schupo-beamten, der sich schließlich gezwungen sah, einen Schreckshuß abzugeben.

Im Nu waren die Helden des „dritten Reiches“ verschwunden. In allen Fällen konnten die Haupttäter, etwa 50 an der Zahl, von der Polizei festgenommen

werden.

Hierzu schreibt uns unser Berliner S.W.-Mitarbeiter noch: Die Nazibedenanten in der Berliner City müssen als das gewertet werden, was sie sind, als

Ausbreitungen von Janhael, und nicht als anarchische Aktion der Nazi

gegen die bestehende Ordnung. Die intellektuellen Urheber dieses Verbrechens bleiben dennoch die nationalsozialistischen Führer, jene Elemente, die tagtäglich nichts anderes zu tun haben, als das Volk gegen einzelne Volksschichten, gegen den Staat und die bestehende Ordnung aufzuwachen. Dem Geschrei dieser Hezer in den nationalsozialistischen Versammlungen und nationalsozialistischen Blättern muß in Zukunft doch mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden als bisher. Hier ist mit aller Strenge, mit allen Mitteln der Staatsmacht einzuschreiten.

Weitere Ausschreitungen am Dönhoffplatz

EM. Berlin, 14. Okt. Nach dem am Leipziger Platz in den späteren Abendstunden Ruhe eingetreten war, sammelten sich gegen 10 Uhr am Dönhoffplatz, wie der Vorwärts berichtet, halbwüchsige Burschen und schlugen 5 Schaufensterscheiben des Warenhauses Tietz

ein. Gegen Mitternacht waren dem Platz zufolge etwa 100 Personen verhaftet.

Nach 11 Uhr nachts füllte sich wieder der Potsdamer Platz da ein großer Teil des Publikums der umliegenden Kinos dorthin strömte. Diese Ansammlung des Publikums machten sich unliebame Elemente zunutze, um die

Polizei zu provozieren.

Schließlich schritt die Polizei, die sich eine Zeitlang zurückgehalten hatte, und trieb die Menge

mit dem Gummihüpfel auseinander.

Da die Polizei den Durchgangsverkehr nicht ganz abriegeln wollte, sammelten sich immer wieder Menschen, und als bei erneuten Schreitungen einige Personen festgenommen wurden, kritisierte die Menge dies mit abfälligen Bemerkungen. Die Polizei äußert von Zeit zu Zeit mit dem Gummihüpfel die Straßenkreuzungen, um den Verkehr aufrecht zu erhalten. Gegen 1 Uhr früh hatte der Potsdamer Platz wieder sein normales Aussehen.

Der Berliner Polizeipräsident über die Ausschreitungen

In einer Unterredung zwischen dem Polizeipräsidenten von Berlin und einem Vertreter des W.F.V. äußerte sich der Polizeipräsident

über die Vorkommnisse vor dem Reichstagsgebäude und in der Leipziger Straße etwa in folgendem Sinne:

Wie jedesmal bei der Eröffnung einer Reichstagsession sammelte sich auch diesmal eine zahlreiche Menge vor dem Reichstagsgebäude, darunter befanden sich viele Anhänger der Nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei. Die Polizei hatte umfängliche Vorkehrungen getroffen, die sich auch als notwendig erwiesen haben. Bereits um 2 Uhr mußte die Umgebung des Reichstagsgebäudes durch starkes Einleiten von Polizeifahrern geräumt werden. Dabei kamen mehrere der Polizeibeamten verschiedentlich ins Gedränge. Ein Polizeibeamter wurde niedergeschlagen. Nachdem die Menge abgedrängt war, drängte ein Teil der Personen in Richtung Potsdamer Platz und Leipziger Straße ab. Es herrschte hier der um diese Zeit übliche starke Nachmittagsverkehr. Da um diese Zeit, es war kurz nach 4 Uhr, die große Mehrzahl der Büros schloß, war es den Kubistoren möglich, sich unter die Pallastanten zu mischen und zu verschwinden.

Wie der amtliche Bericht besagt, wurden zunächst im Cafe Dofrin einige Fensterscheiben zertrümmert. Sodann führten die Tumultanten durch die Leipziger Straße, wo sie die Fensterscheiben verschiedener Firmen zertrümmerten. Zu Unberuhigten ist es in keinem einzigen Falle gekommen, da inzwischen sofort eingeleitete Polizeifreikräfte zur Stelle waren und eine nicht unbeträchtliche Anzahl der Täter (über 50) festgenommen konnten, die sich wegen vor dem Schnellrichter zu verantworten haben werden. Es handelt sich um Anhänger der Nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei. Es sei darauf hingewiesen, daß nur solche Firmen angegriffen wurden, welche die Tumultanten für jüdische Firmen hielten. Um eine Wiederholung solcher Ausschreitungen zu verhindern, sind umfassende Sicherheitsmaßnahmen getroffen. Polizeistreifen zu Fuß und zu Pferd, in Kraftwagen sichern die etwa in Frage kommenden Stadtteile. Der Polizeipräsident betonte, er werde rüchloslos gegen alle Kubistoren einschreiten, da er nicht gewillt sei, das Ansehen der Reichshauptstadt durch derartige Rohheitsdelikte schädigen zu lassen.

Die fensterscheiben des deutschen Volkes

Der Vorwärts schreibt zu den gestrigen Straßenkrawallen in Berlin: Gestern haben in Berlin 300 Scheiben der gebildeten Stände ihren Bogenschuß durch die Leipziger Straße unternommen. Auch nichtjüdische Firmen sind ihm zum Opfer gefallen, nach höherem Vernehmen auch solche, die die nationalsozialistische Wohlfahrt mitfinanzieren haben. Auf die paar Scheiben, die den Juden und den Christen von der Versicherung ersetzt werden, kommt es freilich nicht an. Die Fensterscheiben, die die Nazis zugleich dem deutschen Volke verschießen haben, sind viel tausendmal teurerwertiger und das arme deutsche Volk muß sie selbst bezahlen bis auf den letzten Pfennig. Deutschland kann sich in seiner heutigen Situation den Luxus antijüdischer Straßenkrawalle nicht leisten. Es muß erwidern und sich wehren, wenn es nicht an der Hofenkreuzung „verrecken“ will. Bereitet Herr Brüning, daß die Stunden dieses Tages wahre Schicksalsstunden des deutschen Volkes sind? Die deutschen Arbeiter werden kämpfen mit allen Bundesgenossen, die sich ihnen bieten, gegen alle Feinde, die sich ihnen entgegenstellen. Und in diesem gerechten und notwendigen Kampfe wird sich die Sozialdemokratie von ihnen nicht trennen. Es gibt keinen wirklichen Klassenkampf der Arbeiter, der nicht zugleich auch ein Kampf der Sozialdemokratie wäre!

Freistaat Baden Süddeutsche Ministerkonferenz

Unser Stuttgarter Vertreter berichtet uns: Ende letzter Woche fand in Stuttgart eine Konferenz der Ministerpräsidenten der drei süddeutschen Länder statt, an der sich auch die Finanzminister beteiligten. Hauptgegenstand der Beratung bildete das Brüning'sche Sanierungsprogramm, das im großen und ganzen Billigung fand, in verschiedenen Einzelheiten jedoch im Hinblick auf die besonderen Verhältnisse in Süddeutschland für undurchführbar erklärt wurde. Die Mitteilung der Frankfurter Zeitung, wonach beschlossen worden sei, über die strittigen Punkte des Sanierungsprogramms einen gemeinsamen Brief an die Reichsregierung zu richten, wird nun auf zündender Seite als unrichtig bezeichnet. Es ist vielmehr den einzelnen Ländern anheimgestellt worden, sobald die Gehetentwürfe vorliegen, selbst bei der Reichsregierung vorzutreten zu werden. Entgegen der Auffassung des bayerischen Ministerpräsidenten, der bezüglich der Reparationsabgaben ein Moratorium befürwortete, vertreten die übrigen Ländervertreter fast einmütig die Ansicht, daß der Antrag auf ein Moratorium vor der innerpolitischen Sanierung völlig unmöglich wäre. Auch über diesen Punkt wurden keine Beschlüsse gefaßt. Wie wir dazu noch weiter erfahren sind die Mitteilungen der Frankfurter Zeitung über diese vertrauliche Besprechung auf die Inbetrachtung eines Vertreters des hiesigen Landes zurückzuführen.

Hellpach geht „Jammeln“

Der „Rebe“-Politiker tritt aus der demokratischen Partei aus

Wie das Heidelberger Tageblatt erzählt, ist Professor Dr. Hellpach, nachdem er bereits früher sein Reichstagsmandat und die Mitgliedschaft im engeren Vorstand der Demokratischen Partei niedergelegt hatte, nunmehr auch aus der Demokratischen Partei selbst ausgetreten.

Wie man hört, beabsichtigt Herr Hellpach sich nunmehr ganz der „Sammlungspolitik“ der bürgerlichen Mitte zu widmen.

Keif für Wiesloch

Die Nazis sind doch ein geschäftstüchtiges Völkchen. Lassen sie doch durch einen nicht näher bekannten Herrn Gerhard Fiecher ein Großgeschäft herausgeben, das den Angehörigen erweist, als trete es in selbstbestimmter Weise für irgend eines der vielen nationalsozialistischen „Hochziele“ ein. Es trägt den Titel: „Deutscher, laufe nur deutsche Ware und nur im deutschen Geschäft!“ Raum hat man eine Textzeile angeschaut, so weiß man schon, daß es eines der üblichen Geschäftchen ist, mit denen jetzt unseres Volkes Ketter haarkieren gehen. Es enthält die üblichen Verordnungen der Konsumvereine und der Warenhäuser, die man übrigens ganz bewußt zu tun haben. Dann dringt es eine Adressenliste „deutscher Geschäft“ und natürlich hat es auch eine ganz hübsche Portion Anzeigen aufweisen, die aber nicht umsonst veröffentlicht werden.

Dieses Großgeschäft ist für seine Herausgeber ein ansehnliches Geschäft. Es wird gegen Entgelt verkauft und bringt außer dem durch seinen Inseratenteil nochmals einen schönen Gewinn ein. Also ein echtes deutsches Geschäft!

Das beste Inserat jedoch findet sich auf der letzten Seite des Heftchens. Dort heißt es: „Der umfichtige Mannheimer Geschäftsmanufakturier in der Wieslocher Zeitung“. Bums, da halt es. Also umfichtige Mannheimer Geschäftsleute nach Wiesloch halt, da werden ja nur die Nazis hin. Die weniger umfichtigen Mannheimer Geschäftsleute scheinen diesem Machwerk aber nicht viel Interesse entgegenzubringen. Und da haben sie auch ganz recht. Denn dieses Heftchen ist nicht nur am Ende, sondern von Anfang bis zu Ende ganz auf Wiesloch eingestellt.

Wissen Sie schon . . . ?

Der nationalsozialistische Führer hat wieder einmal den Beweis geliefert, wie sehr seine ganze Argumentation darauf aufgebaut ist, daß seine Leser keinen Punkt von den wirklichen Vorgängen in der Politik haben. So stellt er in seiner letzten Nummer die Frage: Wissen Sie schon . . . ? was der ehemalige italienische Ministerpräsident Ritti über die Frage der Kriegsschuldfrage erklärte, indem er aus dessen Schriften ein Zitat bringt, das darauf lautet, wie Ritti es ablehnt, den Kriegsschuldfrage gegen Deutschland mitzumachen.

Der Führer glaubt damit, seinen Lesern etwas Neues bieten zu können und gleichzeitig eine kleine Hege gegen die republikanischen Parteien treiben zu können. Wie liegt der Fall in Wirklichkeit? Der ehemalige Ministerpräsident Ritti, aus dessen Werken wir schon öfters Darlegungen gebracht haben, war ein italienischer Vorkämpfer, der in schärfster Weise die nationalsozialistische Politik Italiens bekämpft hat und gleichzeitig verurteilt, durch eine Friedepolitik für die Verhängung der Welt zu wirken. Wir haben daher im Volksfreund immer auf die Bedeutung Rittis für die Verhängungspolitik hingewiesen. Der italienische General der deutschen Faschisten, Herr Mussolini, hat jedoch in schärfster Weise gegen die Politik Rittis Front gemacht und diesen gesummen, ins Exil nach Frankreich zu gehen.

Wenn aber die Stimme Rittis, welche den Auffassungen aller vernünftigen Menschen entsprechend die Behauptung von einer Allschuld am Krieg lächerlich findet, nicht durchgedrungen ist, so verdonkt dies Deutschland dem nationalsozialistischen Abenteurer Mussolini, von dem sonst die Nationalsozialisten so gerne behaupten, sein einziges Streben wäre, Deutschland glückselig zu machen. Derweil muß jedoch der Führer feststellen, daß es der Gegner Mussolini, Herr Ritti ist, der die Partei eines gerechten Auffassung vom Kriege erweist, während Mussolini es beklammert, was der zu den schärfsten Kriegshetzeren Deutschlands gehörte. Wissen Sie schon . . . ?

Ausführlich ist der Antrag auf Eintragung der Aufwertung ins Grundbuch. Die Gläubiger solcher Hypotheken, Grundschulden, Rentenschulden und Reallohn, die nach dem Aufwertungsgebot ausgemertete sind, für welche die Eintragung der Aufwertung ins Grundbuch aber noch nicht beantragt ist (s. B. von nach eintragung von Kapitalmarktscheinen, geliehen, infolge Vorbehalts oder Rückwirkung aufgemerteten Rechten), haben den Antrag auf Eintragung der Aufwertung des Rechts mindestens bis zum Ablauf des 31. März 1931 bei dem zuständigen Grundbuchamt zu stellen. Wird der Antrag nicht rechtzeitig gestellt, so erlischt das aufgemertete Recht am Grundbuch; soweit es nach im Grundbuch eingetragen ist, wird es von Amts wegen gelöscht. Nähere Auskunft erteilen die Grundbuchämter.

Eine Milliarde fehlbetrag

Nur allmähliche Schuldentilgung möglich

Berlin, 13. Okt. (Ein. Draht). Der Reichstag nahm am Montagabend den Entwurf eines Gesetzes über die Schuldentilgung an. Der Berichterstatter Ministerialdirektor Dr. Bredt gab dazu folgende Ausführungen:

Die Reichsregierung schätzt den fehlbetrag, der sich im Reichshaushalt 1930 bis Ostern ergeben wird, auf 750-800 Millionen Rentenmark. Davon entfallen etwa 450-600 Millionen Mark auf den Rückgang der Einnahmen infolge der Wirtschaftslage und 300 Millionen Mark auf die Arbeitslosen, trotz der erneuten Beitrags-erhöhung. Ein gewisser Spielraum ist in dieser Berechnung bereits enthalten.

Das Programm der Reichsregierung geht davon aus, daß der fehlbetrag des Reiches im Laufe dieses Jahres nicht mehr entscheidend herabgedrückt werden kann.

Durch neue Defizits kann nach im Laufe des Winters ein Bedarf von 650 bis 900 Millionen hinzukommen, so daß der Bedarf wieder auf 1350-1700 Millionen steigen könnte. Unter diesen Umständen wird ein Ueberbrückungskredit erforderlich, der in Höhe von rund 525 Millionen Mark in Aussicht steht. Dadurch wird das Rollenbedürfnis des Reiches wesentlich herabgesetzt.

Durch das vorliegende Gesetz wird der Reichsfinanzminister ermächtigt, 530 Millionen im Wege eines bis zum 15. November 1932 einschließlich laufenden, in inländischer oder ausländischer Währung aufzunehmenden Kredits zu beschaffen. In die Haushaltspläne für die Rechnungsjahre 1931, 1932 und 1933 ist ein Betrag von mindestens 420 Millionen einzustellen. Diese Summe ist in monatlichen Teilbeträgen von 35 Millionen einem von der Reichsschuldverwaltung zu verwaltenden Fonds auszuführen. Der Fond dient zur Tilgung der Verbindlichkeiten und Schulden des Reiches.

Der Ueberbrückungskredit abgeschlossen

Rückzahlung des Reiches in 3 Jahresraten

W.F.V. teilt mit:

Die infolge der Wirtschaftsentwicklung im Winter zu erwartenden Mehraufwendungen des Reiches und Stenerausfälle machen einen Ueberbrückungskredit, entsprechend der Ankündigung der Reichsregierung in ihrem Programm, notwendig. Die Reichsregierung hat bereits ein Gesetz, welches sie zu dieser Kreditaufnahme ermächtigt, dem Reichstag vorgelegt. Dessen Ueberbrückungskredit hat die Reichsregierung nunmehr unter der Voraussetzung aufgenommen, daß in dem Krediternährungsplan gleichzeitig Bestimmungen über eine Schuldentilgung von den geleihenden Körperschaften verabschiedet werden, die den Zweck haben, den neu aufgenommenen Kredit und sonstige zu gebende Schulden in drei Jahresraten zu je 420 Millionen Reichsmark zu tilgen. Der Kredit in Höhe von 125 Millionen Dollars ist durch eine internationale Gruppe von Bankiers und Banken zur Verfügung gestellt worden. In den Vereinigten Staaten hat die Firma Lee, Higginson u. Co. eine Gruppe zusammengefaßt, der auch einzelne ausländische Häuser angehören. In Holland wird die Gruppe von Handelsbank und Co., Amsterdam und der Oberländische Handel-Maatschappij N. V. geführt. In Schweden steht an der Spitze der Gruppe die Scandinavian Kredit-Attiehölaget. Der Kredit wird gegen Singsgabe von leihmonatigen Sphänanweisungen gewährt werden. Die deutsche Regierung hat das Recht, eine dreimalige Verlängerung dieser Sphänanweisungen zu verlangen. Der Zinssatz des Kredites beträgt 4% Pros. v. a., die Provision 1% Pros. v. a. Die Ausschüttung erfolgt zum Nominalbetrag abzüglich der halbjährlichen Zinsen sowie der Provision.

Herabsetzung der Ministergehälter und Pensionen

Der Antrag der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion

Die sozialdemokratische Fraktion hat im Reichstag folgenden Antrag eingebracht:

1. Die Diäten der Mitglieder des Reichstags werden mit sofortiger Wirkung um 20 Prozent herabgesetzt.

2. Die Reichsregierung zu eruchen, dem Reichstag alsbald eine Vorlage auf entsprechende Kürzung der Bezüge des Reichspräsidenten, der Reichsminister sowie auch der Ministerpensionen zu unterbreiten, mit der Maßgabe, daß die Pensionen den Betrag von 12000 Mark jährlich unter Anrechnung sonstiger Bezüge nicht übersteigen dürfen.

Krisenspiel der Wirtschaftspartei

Zustizminister Dr. Bredt bleibt entgegen Beschluß seiner Fraktion

Berlin, 13. Okt. (Ein. Draht). Amtlich wird mitgeteilt: Reichsfinanzminister Dr. Brüning wurde im Laufe des Montag nachmittags von dem Beschluß der Wirtschaftspartei auf Zurückziehung des Reichsjustizministers Prof. Dr. Bredt durch den Fraktionsführer

Abg. Drewhil in Kenntnis gesetzt, worauf er dem Herrn Reichspräsidenten sofort Bericht erstattete. Reichspräsident v. Hindenburg hat darauf in voller Uebereinstimmung mit dem Vorschlag des Reichsanstalters den Reichsjustizminister Dr. Bredt erwidert, trotz des Beschlusses seiner Fraktion im Ministerrat zu verbleiben. Der Herr Reichspräsident wies hierbei darauf hin, daß die gegenwärtige Reichsregierung nicht auf Grund von Fraktionsbeschlüssen von Reichstagsparteien zustande gekommen sei, und daß er, der Reichspräsident, daher auch nicht in der Lage sei, in der Zusammenlegung des Reichstages auf Grund solcher Beschlüsse Änderungen einzutreten zu lassen. Reichsjustizminister Dr. Bredt erklärte sich daraufhin bereit, dem Appell des Herrn Reichspräsidenten Folge zu leisten und von der Einreichung eines Rücktrittsgesuchs abzusehen.

Deutsche Volkspartei und Reichstagspräsidium

Berlin, 14. Okt. (Sunddienst). Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei ersuchte am Montagabend in einer mehrstündigen Sitzung für den Fall, daß dem Vizepräsidenten Dr. Scholz von mehreren Fraktionen die Wahl zum Reichstagspräsidenten angeboten werden sollte, einstimmig für Dr. Scholz zu stimmen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß für Scholz auch die Deutschnationalen und die Nationalsozialisten, dazu die Landvolkspartei, die Wirtschaftspartei und andere bürgerliche Splitterstimmen. Die Wahl Böbes wäre damit vereitelt.

Erlagmittel statt Volksnahrung

Wie weit ist die Nahrungserzeugung gediehen?
 In ihren Vierteljahresberichten über die Konjunktur in allen Zweigen der Industrie, den die rheinischen Handelskammern regelmäßig der Öffentlichkeit unterbreiten, ist alles auf einen Ton gerichtet: Abwärts! Rückgang! Nur eine Branche macht eine Ausnahme. Dazu schreibt die Westdeutsche Wirtschaftszeitung, die amtliche Zeitschrift der rheinischen Handelskammern:
 Die Nahrungsmittel- und Speisefabrikindustrie berichtet über eine gute Beschäftigung bei schwachem Konjunkturtempo. Der Rohstoffbedarf aus dem In- und Ausland bereitet keine Schwierigkeiten. In der Preisgestaltung ist eine rückläufige Tendenz festzustellen, zum Teil wegen der Durchschnittspreise unter denen der Weltmarktspreise. Die Zahl der Angestellten und Arbeiter erfährt eine leichte Steigerung. Infolge der Wirtschaftslage und mit Rücksicht auf die niedrigen Preise wird für die nächsten 6 bis 8 Monate mit einem guten Abgang gerechnet.
 Die Tatsache, daß für die nächsten Monate mit einem guten Abgang an Margarine gerechnet wird, ist für die wirtschaftliche Lage der Arbeiterschaft außerordentlich charakteristisch und zeigt, wie weit die Nahrungserzeugung der Arbeiterklasse bereits geht, daß Butter überhaupt nicht mehr in Frage kommt und nur noch Erlagmittel zur Nahrung dienen.

Eine Naziattraktion weniger

Der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Holz ist zurückgetreten. Nachgerichtet ist Hauke-Dörber.
 Dieser famose Herr Holz, Religionslehrer in Charlottenburg, war als Spitzenkandidat der Nazis im Wahlkreis Potsdam 1 in den Reichstag gewählt worden. Erst wenige Tage vor der Wahl hatte ihn das Provinzialschulkollegium suspendiert, weil ein Strafenbescheid wegen Erregung öffentlichen Unruhe gegen ihn eingeleitet worden war. Bisher gab er Vorstellungen nur auf dem Balkon seiner Charlottenburger Wohnung, nun sollte er sich auch noch im Reichstag produzieren. Dies scheint aber eigentlich? In dem hinausgeworfenen Posten Mündmeyer, der seine Seelhergepflichten so genau nahm, daß er sich von den Parteimitgliedern der Verbannung an einem weltlichen Unterleib verabschieden ließ, hat man ein solches Beispiel nicht genommen. Aber gilt etwa der Fall des „Nazi-Unterleibs“ Mündmeyer, im Gegensatz zu der frühen Affäre Holz als verächtlich?

Neue Rechtsgruppe im Reichstag

Berlin, 13. Okt. Die Reichstagsgruppe des Christlich-Sozialen Volksdienstes hat der Bildung einer technischen Fraktion mit der Reichstagsgruppe der Konfessionen Partei und den ihr angeschlossenen Deutschhannoveranern einstimmig zugestimmt. Diese Fraktion trägt den Namen: Fraktion des Christlich-Sozialen Volksdienstes und der Konfessionen Volkspartei.
 Zweck dieser Fraktionsbildung ist die Erlangung von Ausschüssen.
 Die neue Fraktion zählt 21 Abgeordnete.

Vorstoß der dänischen Scharfmacher

Kopenhagen, 13. Okt. (Eig. Drahtbericht.) Die Arbeitgeber der dänischen Eisenindustrie haben sämtliche Tarifverträge zum 1. Februar gekündigt. Die Kündigung erfolgte in der Absicht einer neuen Lohnverhandlung. Die Arbeitgeber hoffen angesichts der schlechten Wirtschaftslage ihr Ziel durchsetzen zu können. Von der Kündigung werden 45.000 Arbeiter betroffen.

Die Deutschnationalen fordern „Wehrfreiheit“

Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat einen Antrag eingebracht, anlässlich der abnehmenden Haltung der maßgebenden Kreise gegenüber der Wahrung in Frage des Währungsangelegenheits durch Forderung einer deutschen Wehrfreiheit einer Lösung entgegenzuführen.

Verhaftungen in Spanien

Der spanische Ministerpräsident General Berenguer hat gegenüber der linken republikanischen Bewegung in Spanien zu Generalmaßnahmen gerufen. Die Polizei behauptet, eine revolutionäre Bewegung entdick zu haben und hat eine Reihe republikanischer Politiker, Gewerkschaftsführer, den Abgeordnetenverband Franco und verdächtigte hohe Offiziere verhaften lassen.

Die britische Reichstagsfraktion

London, 13. Okt. Die Führer der Abordnungen zur britischen Reichstagsfraktion traten heute vormittag wieder zusammen und legten den Gedankenaustausch über die Pläne, um den Handel innerhalb des gesamten Reiches zu beleben, fort.

Die Folge der Revolution in Peru

Lima, 13. Okt. Associated Press meldet aus der peruanischen Hauptstadt Lima, daß die Regierung von Peru die Bank von Peru und London ermächtigt habe, wegen starker Abhebungen vorübergehend die Zahlungen einzustellen.

Aus aller Welt

Ursachen der Luftschiffkatastrophe

Paris, 13. Okt. (Eig. Draht.) Ueber die Gründe des Absturzes des englischen Luftschiffes „R 101“ sind am Montag aus den Kreisen der Untersuchungskommission in Beauvais einige Mitteilungen in die Öffentlichkeit gedrungen, die die Führer des Luftschiffes schwer belasteten. Danach sei infolge des Regens in der Nacht zum 3. Oktober das Luftschiff stark herabgedrückt worden. Um wieder an Höhe zu gewinnen, hätten sich die Führer des „R 101“ unbedeutend zum Abwurf von Ballast zwischen dem See und Crocoveat entschließen müssen. Nach der Ansicht mehrerer Kommissionsmitglieder hätte diese Maßnahme die Katastrophe verhindern können. Sie hätten aber in diesem Falle um Leben und Limmen und dazu hätten sie sich aus falschem Stolz, und weil sie die Schwierigkeiten nicht voraussehen, nicht entschließen können.

Premierminister Ramsay MacDonald hat an Dr. Schneider das nachstehende Telegramm geschickt: „Vor Sie unter Land verfallen, möchte ich Ihnen und durch Sie dem deutschen Volke warmstens für die herzliche Teilnahme danken, die Sie uns in unserem Schmerze über das Unheil des Luftschiffes „R 101“ besetzt haben.“

Anschlag auf Eisenbahnzüge

W.B. Braunschweig, 13. Okt. Ein Eisenbahnzug wurde gestern abend auf einer in Richtung Braunschweig fahrenden Triebwagenzug gefolgt oder ein Sprengkörper geworfen. Ein dreierlei Stunden später wurde auch der Berlin-Köln-De-Zug in der Nähe der Haltestelle Gröner Jäger beschossen. Verletzt wurde in beiden Fällen niemand. Bereits vor einigen Tagen sind in der Dunkelheit auf einen Personenzug der Strecke Braunschweig-Hildern ebenfalls Schüsse abgegeben worden, wobei der Lokomotivführer getroffen und leicht verletzt wurde. Die Untersuchung ist eingeleitet.

Gemeindepolitik

Bürgerausschüßigung in Grünwettersbach

Am Dienstag, 7. Oktober, abends 8 Uhr, fand wiederum eine weitere Bürgerausschüßigung wegen dem abgeordneten Voranschlag statt, welcher in zwei vorausgegangenen Sitzungen, insbesondere von den bürgerlichen Parteien wegen den Gehältern, wie sie offen erklärt, abgelehnt wurden. Unsere Fraktion enthielt sich der Abstimmung wie bereits erklärt, da sie in ihrer Minderheit nicht nötig hat, die Verantwortung allein zu übernehmen, zumal für unsere ausgerechneten Arbeitslohn in Bezug auf Arbeitsvermittlung kaum etwas in Aussicht steht. Der Voranschlag in seiner abgeänderten Form steht eine Schul-, Donnerschießung um 3000 M. hiermit um 20 Wn., also fast 150 M. jetzt 130 M. Das bei derartigem Fiskus erst recht keine Kulturarbeiten geleistet werden können, ist für jedermann klar. Unsere Fraktion blieb daher der Sitzung fern, nur der Fraktionsvorsitzende gab die Erklärung über unsere Standpunkte ab. Wenn auch unsere Fraktion nicht gewillt ist, die persönlichen Auseinandersetzungen hier zu schildern, so muß doch erwähnt werden, daß nach gegenseitiger Erkundigung wegen des Anschließes der hiesigen Gemeindepfortalle an die Bezirksortstelle durch eine Gemeindevorstellung voranlung und diese Vorlage auch leitens der bürgerlichen Parteien einstimmig Annahme fand.

Bürgerausschüßigung in Söllingen

Die Bürgerausschüßigung vom Dienstag, 8. Oktober, hatte sich am vierten Male mit dem Voranschlag zu beschäftigen. Der Bezirksrat, welcher den Voranschlag nach seiner dreimaligen Ablehnung im Söllinger Bürgerausschüß hätte verabschieden können, mußte dem Bürgerausschüß nochmals Gelegenheit zu einer Verbesserung des Voranschlags nach den Wünschen der Mehrheit geben. Dazu mißte freilich auch der Willen vorhanden sein. Bei unserer Ratshausmehrheit fehlt dieser Wille vollständig. Wir haben schon in unserem letzten Artikel auf die große Verantwortungsfrage im bürgerlichen Lager hingewiesen. Sie lehnen zwar die Biersteuer, die einen Teil der Einnahmen im Voranschlag ausmacht, ab, sind aber weder willens, noch fähig, andere Vorschläge zu machen. Und dabei haben sie die Mehrheit auf dem Söllinger Rathaus. Die bürgerliche Vereinigung ist eben am Ende ihres Lateins und ermedt so den Eindruck, wie das bekannte Tier vor dem Berg!

Auf der anderen Seite unsere Kommunisten, denen unser letzter Artikel schwer in die Nerven gefallen ist. Verzweifelt mehren sie sich dagegen, den Bürgerlichen gleichgestellt zu werden. Viel lieber würden sie es leben wenn sie von den Bürgerlichen als Gegner betrachtet würden. Sie nehmen auch manchmal einen ganz großen Anlauf, aber am Schluß fallen sie immer wieder auf ihre alte Waise zurück, und können so bald jedesmal den Beifall der Bürgerlichen ernten. Und das ist eben doch kein Beweis für einen Genesung. Nicht wahr, Herr Rupp?

Gesicht zwischen Verbrechern und Polizei

Wittenberg, 13. Okt. Zu einem Feuergefecht mit Verbrechern und der Kriminalpolizei kam es heute in dem Gesicht eines hiesigen Autohändlers. Bei diesem waren einige Männer mit einem Personenzug vorgefahren, die dieses dem Händler verkaufen wollten. Der Autohändler schloß alsbald Verdacht und benachrichtigte die Polizei, die bei ihrem Eintreffen von den Fremden sofort mit Revolverkugeln empfangen wurde. Im Verlaufe des Gefechts wurden ein Verbrecher erschossen und ein Kriminalbeamter schwer verletzt.

Fünf Todesopfer bei einer Wasserfahrt

Ein, 13. Okt. Auf der Eins letzte eine Zille auf der Fahrt nach Klauer-Schwall. Nur zwei Personen konnten gerettet werden, während die übrigen fünf Personlichkeiten, darunter zwei Kinder, die beide je fünf unversehrte Kinder zurückließen, ertrunken sind.

Der Anschlag auf den Bandenführer Iad Diamond

Newport, 13. Okt. Der Zustand des Bandenführers Diamond, der gestern in einem Hotelzimmer von einem Unbekannten niedergeschossen wurde, hat sich soweit gebessert, daß mit seiner Genesung gerechnet wird, falls nicht noch Komplikationen eintreten. Die Untersuchung des Falles hat zu Feststellungen geführt, die gewisse Aufschlüsse über die möglichen Motive des Anschlages geben. Unter den Denselben Diamonds wurden Telegramme gefunden, die darauf schließen lassen, daß Diamond eine zweite Reise nach Deutschland plante. Nach Ansicht der Polizei wollte er die Reise unternehmen, um einen Kaulschmittschmuggel in die Wege zu setzen. Die Namen der Abhender und Empfänger der Kabletelegramme werden geheimgehalten.

Nun hatten wir in unserem letzten Artikel die Kühnheit, zu behaupten, daß von Seiten der Kommunisten verlangt worden sei, den Hilfsarbeiter, der eben ausgeleert hatte, zu entlassen, und an seine Stelle wieder einen Lehrling zu setzen. Darob großes Geschrei bei unseren „Brüdern von links“, „wer so etwas im Bürgerausschüß verlangt habe? Das sei eine gemeine Lüge des Volksfreund-artiklers!“ Mit Verlaub ihr Herren! Wo steht denn in dem Artikel, daß das im Bürgerausschüß gelang wurde? Wenn man etwas aufs erste Mal nicht versteht, so muß man es eben zweimal lesen. Der betreffende Artikel ist eine Zusammenfassung der Vorgänge, die sich bei der Aufstellung des Voranschlags 30/31 zugetragen haben. Nur am Schluß werden noch einige Bilder aus der letzten Bürgerausschüßigung angeführt. Daß der ganze Fall mit der Lehrling nicht im Bürgerausschüß behandelt wurde, geht schon daraus hervor, daß es wörtlich heißt: „Zum Glück für sie, bot sich ihnen ein anderer Rettungsanker: „die örtliche Biersteuer“. Damit glauben die Kommunisten doch besser in der Öffentlichkeit operieren zu können“. Daraus geht aber doch einwandfrei hervor, daß sie eben mit dem Lehrling nicht an die Öffentlichkeit gingen!

Und nun kommt das Komische! Es ist selbstverständlich, wenn die Vertreter der einzelnen Fraktionen im Gemeinderat die Anträge ihrer Fraktion zum Voranschlag bekannt gegeben haben, daß dann wieder hiernach in den Fraktionsbesprechungen berichtet wird. Wenn ihnen Kommunisten aber herricht große Aufregung darüber, wenn ihnen gesagt wird, daß unsere Vertreter natürlich auch über den Voranschlag berichtet haben, den ihr Vertreter im Gemeinderat gemacht hat. Diefelben Kommunisten, die in der letzten Sitzung verlangten, daß „in die Dunkelkammer des Gemeinderats einmal hineingeuchtet werden solle“, möchten diese Selbstverständlichkeit als Bruch des Amtsgeheimnisses hinstellen. Ihr Gemeinderat behauptet mit aller Entschiedenheit, daß er in der betreffenden Sitzung nichts von der ganzen Angelegenheit gesagt habe. Seine sechs Kollegen beschließen ihn darauf der Unwahrheit. Wir konnten schon öfters bemerken, wie glänzend es gewisse Herrschaften verstehen, mit Lügen und Entstellungen aus den Verhandlungen des Gemeinderats „Sintertreppepolitik“ zu treiben. Und zwar geschah dies größtenteils in Privatgesprächen. Wir raten den Kommunisten, einmal ihre Rolle in die Gemeindegänge zu stecken, dann werden sie bald wissen, über was sie berichten dürfen und worüber nicht. Und in Bezug auf die entstellten Berichte, die auf diese Art schon aus dem Gemeinderat mitgeteilt wurden, werden die so Begeisterten oft auf tun, an das Sprichwort zu denken: „Aufgepaßt, der Wolf geht um!“
 Daß der Voranschlag unter diesen Umständen ebenfalls wieder abgelehnt wurde, versteht sich am Rande von selbst. Nun hat der Bezirksrat das letzte Wort.

Garantiert am 24. und 25. Oktober findet die Sitzung der Baden-Badener Bophoristik-Lotterie statt. 3712 Gewinne werden verteilt. Der Höchstgewinn beträgt 6000 Mark bei einem Lospreis von nur 50 Pf. Doppellos 1.— Mark. Der Reinertrag der Lotterie ist zur Instandhaltung eines Wälder- und Zuchtstalles bestimmt. Unter der allgemeinen großen Not haben gerade viele hilflose Wälder und Kinder am Schwersten zu leiden, welche auf das Wohlwollen und die Güte der Menschheit am meisten Anrecht haben. (Näheres siehe Anzeigenteil.)

Theater und Musik

Badisches Landestheater

Der Ring des Nibelungen. — Das Rheingold.

Gegenwärtig steht das Karlsruhe Theater, und Kinofest unter dem Zeichen des Nibelungenliedes. Im Schauspiel werden Hebbels „Nibelungen“ auf die Bühne gestellt. Im Kino läuft der Nibelungenzyklus in der Oper beginnt mit „Rheingold“ Wagners Ringtrilogie. Hebbels Trilogie läuft auf dem Epos, in dem „wunders vil reist“ ist von unerhörten Taten, von denen die vier großen Stromströme widerhallen. Hebbel schrieb seine Trilogie in den Jahren 1855-60. Richard Wagner dichtete sie als verbanner Revolutionär. Fünf Jahre nach der Dresdener Revolution (1849) war die Rheingoldpartitur vollendet. Man muß sich immer wieder von Zeit zu Zeit das umfangreiche „Pamphlet“ des Wagner 1849 schreiben, „Kunst und die Revolution“ vornehmen, um den Geist zu begreifen, aus dem später die Rheingolddichtung geboren wurde. Wagner wollte nicht, wie das nach ihm Hebbel tat, das Nibelungenlied dramatisieren. Er mißte es als Vorwort zu einer Allegorie, zu einer sinnbildlichen Darstellung. Er plastisierte Gestalten um seine revolutionären Ideen auf der Bühne vorzuführen zu können. Er hat sich in Widerspruch zum zweiten mothischen Gebot gesetzt, indem er Götterbildnisse schuf und zwar solche, die im Himmel, auf der Erde und unter der Erde sind. Sie sind in Abhängigkeit zueinander gebracht, Wagner gibt ihnen Namen aus der altgermanischen Mythologie. Bernhard Scham meint in seinem vor dreißig Jahren erschienenen „Richard Strauss gemäßen, geistreichen Review, Wagner habe mit dieser Dreiteilung eine Gruppierung der Menschheit aufzuweisen wollen. In die erste Gruppe schließt er die „instinktiven, rauerischen, fühlenden, stofflichen Menschen“ ein, in die zweite: „die gebildeten, schuldigen, dummen, demütigen, gedankbetenden“ und in die dritte: „die geistigen, moralischen, talentierten, die Staaten und Kirchen erkennen und vernichten“. Eine Sonderklasse bilden die Helden. Wir wissen von Scham, dem Führer der Dresdener Revolution, daß sein Freund Wagner erst auf eine Revolution wartete, damit „den Helden“ der Revolution die Bedeutung dieser Revolution nach ihrem ebenen Sinn zur Erkenntnis kommt, durch sein Rheingold“ Wagner hat sich von den Umständen der Revolution zu bereden Seite er fand, zu viel verprochen. Wie vor achtzig Jahren er-

fennen auch heute nach der letzten Revolution nur wenige, doch in denn vier Rheingoldenszenen die ungeheure Tragödie, die die Menschheitsgeschichte darstellt, eingemängt ist, ausbleibt auch die ganze Fruchtbarkeit der Welt, die die Welt heute mit Grauen erfüllt. Rheingold ist kein Drama, es ist eigentlich kein „Theater“, es ist eine „religiöse Weltanschauung“, die aus jeder Faser entströmen kann, wie weit sie sich mit den Zeitläuften deckt, wie sich ihre verschiedenen Systeme schneiden und ob ihre Auswirkungen das Menschheit um Zeit gereichen. Roman, Loge, die Niesen, Albedo, Mime, Lohengrin, sind Vertreter und Werkzeuge von Systemen, die heute genau so im Kurs sind, wie zu den Zeiten als Wagner sich noch als Bekämpfer des Kapitalismus zeigte, als er seine glänzende Position im Stiche ließ, um sich zu der Partei der Armen zu schlagen, „die im Recht waren, gegen die Reichen, die im Unrecht waren“. Wir beobachten die Zerstückelung der Parteien, dann wieder ein Gegenüberarbeiten. Alle enden sie, ohne der Welt, der Menschheit, die Lebensfreiheit gebracht zu haben. Das Volk, mit dem Wagner einstens auf den Barrikaden stand und für das er das Rheingold schrieb, fand genau wie heute, den Weg nicht zum Theater, zu jenem Theater, das Wagner vorwies, als er in seinem Pamphlet „Kunst und Revolution“ schrieb: „Nicht dann die menschliche Gesellschaft bereinigt, so menschlich schon und edel entwirft, wie wir es allerdings durch die Wirklichkeit unserer Kunst allein nicht erreichen werden, wie wir es aber im Verzicht mit den ungeschicklichen, hervorhebenden großen sozialen Revolutionen hoffen dürfen und erstreben müssen, so werden die theatralischen Vorstellungen auch die ersten gemeinlichen Unternehmungen sein, bei denen der Begriff von Geld und Erwerb gänzlich schwindet, denn, gerade die Erziehung unter den obigen Voraussetzungen immer mehr zu einer künstlerischen, so werden wir einst soweit alle selbst Künstler sein, daß wir gerade als Künstler zuerst nur um der Sache, der Kunstangelegenheit selbst, nicht um eines nebenbei liegenden gewerblichen Zweckes willen zu einer gemeinsamen freien, Wirksamkeit uns vereinigen können.“
 Der für hier nur verbriefte Hans Ritzsch hat als Wort verprügt, durch eine kernige Sprache einen scharfen Ausdruck zu prägen. Es blieb selber beim Versuch. Das Stimmaterial des Sängers ist weich, fast zu weich für die Partitur, es fehlen ihm bestliche Akzente, es fehlt ihm die lapidare Ausdrucksweise. Auch in der Darstellung. Man vermisse die heldenhafte Überlebensgröße charakterisierende Note. Seine Verführung traf auch nicht das Amelphische, das Doppelgängerische dieses hemmungslosen und zugleich hochfunktigen Gottes. Der Schwerpunkt seiner Darstellung lagte Theo Straß als Loge in die virtuelle Zustimmung der

Deklamation. Gegenüber der letztjährigen Aufführung fiel besonders die scharfe Profilierung jener charakteristischen Eigenschaften auf, des listigen, dann wieder dämonischen, weisagenden Elementarwesens. Stimmliche und darstellerische Beweglichkeit haben bei der Aufführung des unsterblichen Werkes eine erschütternde Prägnanz. Da Kommerziellin Marie Franz, frank gemeldet ist, mußte Franz, der in Frau Sall Erbsen, Ihre Fria selte Stil. Die Ausstattung war großartig, mit heroischer Gebärde verlebendiate sie die feinsten, übermächtigende Partie. Adolph Schoepf, Lins Fajolt und Karlheinz Höfers Überich waren genialisch und darstellerisch weit über das Durchschnittsmäß ranende Leistungen, non außergewöhnlichem Format. Der postole düstere Akt von Efriede Haberkorn gab den Reinsagenen der Erde einen nahezu lastralen Resonanz. Viktor Sospach brachte die nötige naturmüßliche Derbheit für den Fajner auf. Eine liebliche, lebendige Fregua war Emma Seiberlich. Den etwas exotisch gebräunten Donner lang Carsten Derner bestimmte. Auch der Frosch Wilhelm Kentwig war frisch in der Wiedergabe. Robert Kiefer verließ dem Mine ein stark dramatisches Gebräue. Else Hank, Ellen Winter und Else Gramwald, Seufzert fühlten sich als Rheingoldler recht wohl in ihrem nassen Element. Sie wären wohl noch lebhafter gewesen, wenn man nicht vom Vult aus so hart fixiert hätte. Generalmusikdirektor Krups war auf Reinsagenheit eingestell. In der ersten Szene ließ er dem Rheingoldler seinen freien Lauf nicht. Man mußte sich fürchten, daß die Mut abebbt und zu einem lebenden Gemälde wird. Bewußt von Italien kommt die Lösung breite Tempel bei Wagner. Durch diese Vergewaltigung gewinnt aber die an und für sich etwas „spärlisch geönte Partitur“ nicht an Reizen. Im übrigen wurde überaus exakt, man konnte lassen kläglich musiziert. Ueber die letztjährige neue Ringinszenierung konnte sich erfreulicherweise das künstlerische Gewissen Dr. Waags nicht beruhigen. Daher hat er die Reinsagenheit selbst vorgenommen. Sie war notwendig — obwohl bei der gegenwärtigen Finanznot eine alljährliche Reinsagenheit des Ringes eine unverantwortliche Belastung des Etats bedeutet. Es hat sich erwiesen, daß das Wagner lebende Publikum allzu scharfe Neuerungen in der Reinsagenheit ablehnt. Dr. Waag hat darauf Rücksicht genommen und mit Torken Recht eine künstlerisch sein geläuterten Bühnenarbeiten gebaut. Selbstredend wurden dabei sämtliche modernen Bühnentechnischen Hilfsmittel in Dienst gestellt, besonders die der Bühnenoptik, für die Rudolf Raut schmeide. Die gut vorbereitete Rheingoldaufführung hinterließ in der diesjährigen Aufführung starke Eindrücke. St.



Groß-Karlsruhe



Geschichtskalender

14. Oktober. 1863 Aufruf Lassalles „An die Arbeiter Berlins“.
— 1891 Soz. Parteitag Erhart (Programm-Gummierung). —
1913 Grubenkatastrophe bei Cardiff (400 T). — 1919 Frankreich
ratifiziert Friedensvertrag. — 1922 Urteil Rathenau-Mord (33
Jahre Zuchthaus, 14 Monate Gefängnis).

Gewerkschaften und Arbeitslosigkeit

Die Vertreterversammlung des Gewerkschaftsartikels fordert von der Stadtverwaltung ein Arbeitsbeschaffungsprogramm

Am Montagabend fand im Volkshaus eine Vertreterversammlung des Ortsausschusses des DGB, Karlsruhe-Durlach-Ettlingen statt, in der Koll. Erb zunächst über das Bildungsprogramm für den kommenden Winter längere Ausführungen machte. Besonders betonte er, daß dieses Jahr die Teilnahme am Bildungstour 5. K. kostet, die aber von den einzelnen Organisationen getragen werden. Er legte den Delegierten ein fest umrissenes Programm vor und betonte, daß es den Gewerkschaftsmitgliedern zur Pflicht gemacht werden muß, an den Bildungsvorlesungen teilzunehmen. Pflicht der Gewerkschaftsfunktionäre ist es, mit gutem Beispiel voranzugehen.

Sodann teilte Koll. Erb weiter mit, daß mit den englischen Kollegen ein Schriftwechsel gepflogen wurde über einen im nächsten Jahr zu unternehmenden englischen Besuch. Er würde aber teurer zu leben kommen, als wir uns ursprünglich gedacht haben. Bei Hotelverpflegung ist die Mindestsumme von 200 M. erforderlich, bei log. Rückfahrverpflegung könnte die Reise ev. mit 130 M. durchgeführt werden. Weiter machte Koll. Erb auf das am nächsten Samstag in der Festhalle stattfindende Städtische Fest der Metallarbeiterverbände aufmerksam, an dem er die Kollegen bittet, zahlreich teilzunehmen.

Hierauf machte Koll. Erb über den traurigen Fall Reiche längere Ausführungen. Scharf hob er hervor, daß Koll. Reiche von den Nationalsozialisten in den Tod getrieben wurde und daß die Nazi-Organisation, wie wir sie ihnen gegenüber schon lange hätten machen sollen. Am Mittwoch, den 15. Oktober, findet in Durlach eine Demonstration statt gegen die rassistische Hebe der Nationalsozialisten; an dieser Demonstration müssen alle Gewerkschaften teilnehmen. Weiter teilte Koll. Erb mit, daß am 26. Oktober, vormittags 11 Uhr, in der Karlsruher Festhalle eine Selbstfeier stattfinden wird, die sich große Verdienste um die Arbeiterbewegung erworben, daß es wert ist, daß bei einer solchen Feier die Festhalle überfüllt ist.

Koll. Erb kam sodann in längeren Ausführungen auf das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften zu sprechen. Er beantragte, daß bei der Aufstellung der Kandidaten zur Bezirksratswahl die Gewerkschaften nicht genügend berücksichtigt worden sind. In der Diskussion wurden die Ausführungen des Koll. Erb unterstützt und gewünscht, daß bei den Kommunalwahlen die Gewerkschaften entsprechende Berücksichtigung finden mögen.

Ganz besonders verurteilte die Versammlung das Verhalten des Stadtrates, welcher auf die Forderung der Gewerkschaften wegen Befreiung der Erwerbslosen von der Gebäudebesitzersteuer immer noch eine ablehnende und ausweichende Stellung einnimmt. Entsprechende Beschlüsse sind schon längst gemacht, aber anscheinend ist die Rat der Erwerbslosen dem Stadtrat immer noch nicht hart und groß genug. Die Anwendung der Höchstätze, wie sie für Füllungsangehörige vorgegeben sind, können keineswegs bei den Arbeitslosen angewendet werden, denn diese belasten ja die Stadt nicht und es ist ein Unrecht, wenn man die Arbeitslosen zwingt, von ihrer eigenen Unterfertigung noch Gebäudebesitzersteuer zu zahlen. Sodann gab Koll. Erb den Rat der Versammlung des dritten Quartals 1930. Er hatte den Bericht der Delegierten schriftlich vorgelegt und konnte sich auf kurze Erklärungen beschränken. Koll. Reiche gab den Revisionsbericht und teilte mit, daß Bücher, Belege und Kasse in bester Ordnung befunden wurden. Er beantragte Entlassung des Kassiers. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Angenommen wurde auch eine aus der Mitte der Versammlung vorgeschlagene

Entscheidung.

Die am 13. Oktober stattgefundene Kartellversammlung der freien Gewerkschaften in Karlsruhe fordert von der Stadtverwaltung, daß sie

1. sofort ein Arbeitsprogramm aufstellt, um den Arbeitslosen und Füllungsmitgliedern lohnbringende Arbeit zu verschaffen. Wenn keine geeigneten Mittel vorhanden sind, müssen solche durch Anleihen beschafft werden. Weiter hat die Stadtverwaltung dafür zu sorgen, daß mit den Vorarbeiten zu dem 1. März 1931 an dem Bau von Arbeiterwohnungen in diesem Winter begonnen werde.

2. Menschaltdienst in der Verplanung der Dachdecker, Landarbeiter, Sattler, Eisenbahner Durlach und Holsarbeiter Durlach.

Zur Aufhebung des Familienbades

erhalten wir folgende Zuschrift: „Nichts hat die badende Karlsruher Bevölkerung in so hohem Maße erregt als die seit monatelang bestehende Familienbadeverordnung. Kaum hat man sich dem Badestellen, erscheint eine neue Bestimmung über die Änderung der Badezeit. Ich will mich in diesen Ausführungen nur mit der Aufhebung des Familienbades beschäftigen, die rigoros und ohne daß man vorher in den Tageszeitungen etwas hieron gelesen hätte, durchzuführen worden ist. Bekanntlich hat es seinerzeit bei der Beratung über die Einführung des gemischten Bades lebhaft Diskussionen insbesondere zwischen dem Zentrum und unserer Partei gegeben. Es war erfreulich, mit welcher Intelligenz unsere Gemeindefürer für das gemischte Bad eingetreten sind. Nun soll dieser Schritt mit einem Federstrich aus der Welt geschafft werden? Sind denn die maßgebenden Persönlichkeiten in die Zeit des Mittelalters zurückversetzt, wo man solche rüchlichen Ansichten noch entwickeln konnte? Es fehlt jetzt nur noch, daß auch für das Strandbad Rappentwörth getrennte Bäder eingerichtet werden würden. Wenn sich die maßgebenden Stellen alle Zusammenarbeiten wollen, so sollen sie nur auf diesem Wege weiterfahren.“

Zur rechten Zeit erscheint die Statistik über die Frequenz der Bäder im Monat September. Wenn auch der Rückgang der Besucherzahl besonders für Rappentwörth gilt, so ist doch zu erkennen, daß auch die städt. Schwimmbäder einen wesentlichen Schwächen weiter haben. Es steht zu erwarten, nachdem den teurer habenden Familien mit Kindern die Möglichkeit, gemeinsam zu baden, genommen ist, daß der Rückgang sich noch viel stärker bemerkbar macht.

Darum richte ich an die Badeverwaltung und die sonst noch maßgebenden Personen die letzte Warnung, das seither sich sehr aus dem Bereich Familienbad wieder einzuführen. Wenn es nicht anders möglich ist, so sind die teureren Bäder auch damit abends etwa von 4 bis 6 Uhr eingerichtet. Ich hoffe, daß sich die Badeverwaltung diesem Wunsch nicht verschließen wird und sich den heute überall angewandten Satz „Dienst am Kunden“ zu eigen macht, ehe es zu spät ist.

Karlsruher Verkehrsschmerzen

Die Verkehrseinschränkung nach Daxlanden

Wie aus dem Stadtratsbericht zu ersehen ist, soll der Straßenbahnverkehr nach Daxlanden im Laufe dieser Woche eingeschränkt werden. Die Linie 8, Rühlstr. — Daxlanden, soll von abends 8 Uhr ab ganz eingestellt werden, gleichfalls soll von 8 Uhr ab der Pendelverkehr Daxlanden — Mühlburg wieder einsehen. Gegen diese Betriebsweise der Linie 2 müssen wir energig protestieren. Der Durchgangsverkehr nach Daxlanden muß aufrecht erhalten bleiben, die Umsteigestelle an der Erbergerstraße ist die aller unangünstigste, man kann nirgends einen Schutz vor Regen und Unwetter finden. Wir glauben kaum, daß die Einparung durch den Pendelverkehr so erheblich ist, daß sie sich in der Kasse der Straßenbahn bemerkbar macht. Wir wollen beispielsweise anführen: eine Fahrt von der Südstadt nach Daxlanden muß zweimal unterbrochen werden. Der Aufenthalt an der Erbergerstraße kann unter Umständen genau 30 Minuten betragen, so daß sich die Fahrzeit auf länger als eine Stunde erstreckt. Das ist alles, aber nur nicht fortgesetzt. Kommt noch hinzu, daß beim Pendelverkehr die Fahrgäste, welche in einer halben Stunde von zwei Linien dorthin befördert werden, warten müssen, bis der Pendelwagen sie wieder weiter befördert. Das wird wohl in den meisten Fällen nicht möglich sein, denn nach Einstellung der Linie 8 wird der Verkehr doch etwas stärker, so daß sich der Durchgangsverkehr verschlechtert. Sollen die Einwohner von Grünwinkel, Altsiedlung und Daxlanden sich der Privatautos bedienen, anstatt der Straßenbahn. Wir erliegen den Stadtrat, diesen die Daxlander Bevölkerung schädigenden Beschlüssen zu resignieren. Durch derzeitige Verkehrsbeschränkungen wird auch das Gesellschafts- und Vergnügungsleben unterbrochen, was auch nicht im Interesse der Stadt gelegen ist. Ein Daxlander.

Zur Ruppurrer Autobusfrage

wird uns vom Bürgerverein Ruppurr folgender Artikel mit der Überschrift „Aufhebung des Ruppurrer Autobusverkehrs, d. h. der direkten Verbindung nach der Stadtmitte“ zugeandt:

Die in den Tageszeitungen gebrachte Nachricht über die Aufhebung des Ruppurrer Omnibusverkehrs kann nicht ohne den stärksten Widerpruch hingenommen werden. Jedoch wurde von der hiesigen Einwohnerschaft um die Wiederherstellung einer direkten Verbindung nach der Stadtmitte gekämpft, weil bei der Benutzung der Altsiedlung bei jeder Fahrt mit einem Zeitverlust von 8 Minuten — den ärgsten Umständen vorausgesetzt — gerechnet werden muß gegenüber einer Verbindung, die den Reichsbahnhof nicht zu umgehen braucht. Am besten wird die Sache beleuchtet bei Benutzung der Altsiedlung vom Dammershof aus, von wo aus man zu Fuß die Bahnhofsallee rascher erreicht als mit der Bahnfahrt. Wo bleiben denn die von der Stadterneuerung anlässlich der Eröffnung der Dammershofausstellung in Aussicht gestellten besseren Verbindungen? Ob die direkte Verbindung durch den Omnibus oder durch die Straßenbahn hergestellt wird, mag an sich für die Ruppurrer gleichgültig sein. Jedemfalls sind das Verlangen der Ruppurrer immer wieder nach der Verbesserung der Straßenbahn hierher. Ueber die Rentabilität des Omnibusverkehrs kann man sich jede Auseinandersetzung erlauben,

wenigstens solange, als nur die Ausgaben nicht aber auch die Einnahmen nachgewiesen werden können. Dieser Nachweis ist aber erst möglich, wenn jeder für die Ruppurrer Linie gültige Fahrtausweis besonders gekennzeichnet ist; dies trifft bis jetzt nur bei Zeitkarten zu. Die im Omnibus gekauften Fahrcheine kann man allenfalls noch kühlen; der weitaus größte Teil an Fahrcheinen werden nicht erhaltungsmäßig aus Bequemlichkeitsgründen in der Straßenbahn abgeben.

Befremdend finden wir die nummernreiche Einmischung des Finanzministeriums in eine rein Ruppurrer Angelegenheit. Als die hiesigen Einwohner früher in aller Öffentlichkeit von der Bleag die Erfüllung ihrer eingegangenen Vertragspflichten und die Abstellung unhaltbarer Mängel verlangte, hat keine Aufsichtsbehörde zugunsten der Fahrgäste eingegriffen. Erinnert sei nur an den Streit im Winter 1920, wo man in Kolonnen mit der bezahlten Fahrkarte in der Tasche zu Fuß nach der Stadt wandern mußte, oder an die willkürliche Tarifserhöhung im Frühjahr 1925, die von der Aufsichtsbehörde ohne jede Nachprüfung genehmigt und von der Stadtverwaltung einfach zur Kenntnis genommen worden ist. Bei dem Streik sorgten weder Aufsichtsrat noch Aufsichtsbehörde für Erlaubnisbeförderungsmittel. Nur dem Eingreifen des hiesigen Bürgervereins war es zu verdanken, daß die so plötzlich angekündigte Erhöhung des Preises für eine Monatskarte von 7,20 M. auf 12,00 M. wieder auf 8,40 M. herabgesetzt werden konnte (nebenbei sei bemerkt, daß der Preis für eine Karte nach dem 4 Kilometer weiter entfernten Ettlingen damals nur auf 14 M. erhöht werden sollte!). Wo blieb in jener Zeit denn das Finanzministerium, dem das Gebahren der Bleag doch nicht unbekannt gewesen sein konnte? Jedenfalls war man auch schon damals bei der Oberaufsichtsbehörde damit einverstanden, daß die leeren Kassen der Bahn mit Ruppurrer Geldern aufgefüllt werden sollten. Wenn die Bleag durch die „unvernünftige“ Konturreinlinie leistungsfähiger in der Presse genannten ungebührlichen Einnahmefall erlitten haben soll, trifft dies keinesfalls für den Ausfall im Jahre 1925 zu.

Die Genehmigung zum Bau und Betrieb der Altsiedlung wurde im Jahre 1896 also zu einer Zeit erteilt, in der Ruppurr noch ein kleines ländliches Dorf war und im Haushalt der Bahn noch keine großen Kosten auszufüllen hatte. Durch die Eingemeindung nach Karlsruhe hat sich das frühere Dorf zu einem heute 8000 Einwohner zählenden Stadtteil ohne Zutun der Altsiedlung entwickelt und es darf diese das Recht für sich nicht in Anspruch nehmen, als Kleinbahn den Verkehr zwischen dem neuen Stadtteil und der Altstadt übernehmen zu dürfen. Die Ruppurrer nehmen für sich das selbe Recht in Anspruch wie die anderen Stadtteile, als vollberechtigte Bürger behandelt zu werden und lehnen es entschieden ab, als Geldquelle für die fortwährenden Kassenverlegenheiten einer Kleinbahn betrachtet zu werden. Damit erübrigen sich auch die Erörterungen, ob und inwieweit man von den Ruppurrern überhaupt noch ein Vertrauen zu den gemeinlichen Vertretungen der Bleag-Organen nach den — auch der Verwaltung nicht unbekannt — früheren Erklärungen verlangen kann.

Der Bürgerverein ladet zu einer allgemeinen Protestversammlung auf Samstag, 18. Oktober, abends 8 Uhr, in den Eishornsaal ein, in der auch Gelegenheit zu persönlicher Ausdrücke gegeben sein wird.

Die Polizei berichtet:

Selbstmord eines Siebzehnjährigen

Am Montag morgen wurde im Herdewald beim Schützenhaus ein unbekannter junger Mann erhängt aufgefunden. Befreiung: 17 bis 18 Jahre alt, 164 Meter groß, schlank, braune, links gefärbte Haare, trug grünlichgraue Strickweste mit hellgrünen, halbmondförmigen Verzierungen mit bräunlichen Punkten, leichte, graue Sohle mit grünlichblauen und rötlichen feinen Streifen, weißen Schillerstrahlen mit Vorhemd, graues Trikothemd, braune Sockenhalter und schwarze Halbschuhe. Im Nachhinein bittet die Vermittlungsstelle beim Landespolicieamt Karlsruhe.

Verkehrsunfall

Am Montag vormittag wurde in der Sofienstraße ein Motorradfahrer von einem unvorsichtigen Weile in eine Hauseinfahrt einbiegenden Autofahrer angefahren und zu Boden geworfen. Der Motorradfahrer mußte mit gebrochenem Fußgelenk ins Diakonienhaus gebracht werden.

Grober Unfug

Ein Buchhändler und ein Elektromonteur gefangen wegen groben Unfugs zur Anzeige, weil sie am Montagabend auf dem Karlsplatz vorübergehende Personen anrempelten und auf sie einschlugen. Der einschreitende Polizeibeamte geriet in Bedrängnis und mußte Gewalt anwenden, um sich durchzusetzen. Der Vorfall kostete zahlreiche Neugierige an.

Diebstähle

Am Montag wurden der Polizei 5 Fahrrad Diebstähle angezeigt. 4 Fahrräder wurden herrenlos aufgefunden und der Staatsanwaltschaft übergeben. Aus dem Hof eines Hauses in der Ruppurrer Straße wurde ein Korbhaaren im Wert von 30 M. entwendet. — Vom Bahnhofsplatz verhielt sich ein dort vorübergehend abgelegener Zeitungsbündel „Der Sportbericht“ im Wert von 18 M.

Die Gefahren des Verkehrs

Bei den verschiedenen Verkehrsunfällen, die sich am Montag ereigneten, wurden mehrere Personen leicht verletzt.

Benutzt die Parkplätze

Mehrere Kraftfahrzeuge führten zur Anzeige, weil sie in den Straßen der Stadt verbotenerweise parkten.

Religiöse Sozialisten

Am letzten Donnerstag trafen sich die Vertrauensleute der Ortsgruppe Karlsruhe des Bundes religiöser Sozialisten zu einer Besprechung über die politische und kirchliche Lage. Die Veranstaltung war ebenso wie die Parteiverammlung sehr gut besucht und zeigte, daß der Glaube an den Sozialismus durch augenblickliche Rückschlüsse nicht erschüttert werden kann. Gen. W. Kappes referierte über: „Wir religiösen Sozialisten und die soz. Gesamtbewegung“. Er zeigte, wie der nach dem Kriege geschwächte Kapitalismus vor 10 Jahren bereit war, die Arbeiter in eine Arbeitsgemeinschaft mit dem Unternehmer aufzunehmen. (Ausbau der Sozialgesetzgebung) er aber dann, als die Verhältnisse ruhiger geworden waren, seine Macht ausbaute und nun mit Hilfe des Faschismus, die Demokratie, sowie die politischen und wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiterklasse zu vernichten vermag. Dieser Gefahr gegenüber sollte es, die Partei gefestigt und seelsig so stark wie nur möglich zu machen. Der Glaube an den Sozialismus,

der unsere Väter besetzt hatte und sie dafür Opfer bringen ließ, muß neu entfacht werden. Die Jugend soll geschult werden. Nur wenn wir so alle zusammenarbeiten, können wir die Gefahr einer Diktatur wirkungsvoll bekämpfen.

In der sich anschließenden regen Diskussion wurde von allen Rednern zum Ausdruck gebracht, daß Sozialismus auch eine neue Gesinnung bedeute. Wir verlangen überall den ganzen Menschen und den ganzen Sozialisten. In seinem Schlusswort wies Gen. Kappes darauf hin, daß es den religiösen Sozialisten fern liege, eine Sonderaktion in der Partei zu treiben. Am Schluß gab der Vorsitzende bekannt, daß nun endlich die religiös-soz. Partei an der Stadtkirche ausgeschrieben sei und daß man gespannt sein dürfe, ob die Oberkirchenbehörde nun auch zu ihrem gegebenen Worte steht.

Passagierflüge auf dem Rhein bei Karlsruhe

Wasserflugzeug „Seeschwalbe“ kommt. Am kommenden Donnerstag wird, wie bereits bekanntgegeben, das erfolgreiche Junfers-Wasserflugzeug „Seeschwalbe D 355“ des Deutschen Luftfahrtwerks beim Karlsruher Rheinstrandbad Rappentwörth landend, um im Rahmen des Rheinflugdienstes daselbst bis zum 22. Oktober einschließlich Rund- und Sonderflüge über Karlsruhe und Umgebung durchzuführen. Jedermann kann sich an den Flügen beteiligen. Flugcheine, die gleichzeitig die Versicherung des Fahrgastes gegen etwaige Unfälle in sich schließen, sind erhältlich bei: Verkehrsverein, Auskunftsstelle, Kaiserstraße 158, Eingang Ritterstraße, Agentur der Hamburg-Amerika-Linie (Gapa), Kaiserstraße 215, Rhod-Reisebüro Goldfarb, Kaiserstraße 181, Reisebüro Karlsruhe AG, Kaiserstraße 229, Kapitalienhandlung Fritz Müller, Kaiserstraße, Cafe Waldstraße, Lotterie-Einnahmestelle H. J. Sommer, Kaiserallee 5, Papierhandlung Eduard Flügel, Kaiserstraße 51, Zigarrenhaus Fr. Töpfer, Kriegsstraße 3a, Bekleidungsgeschäft Karl Holzschuh, Werdstraße 48, Zigarrengeschäft Bernhard Holz, Karlstraße 64 und an der Landestelle. Die letztere befindet sich einige Meter oberhalb des Rheinlaufes in das Strandbad. Zur Fahrt nach dem Strandbad benötigt man am besten die Straßenbahnlinie 2, die bis dicht an das Bad heranfährt. Sie fährt von 10 bis 18 Uhr viertelstündlich wie im Sommer. Der Eintritt in das Strandbad kostet wie gewöhnlich 20 Pf. je Person. Die Eintrittskarte gilt zugleich als Zuschauerkarte. Auf je 100 verkaufte Eintrittskarten erfolgt ein Freiflug, der jeden Abend ausgelost und am nächsten Tag mit der entsprechenden Kartennummer in den Tageszeitungen bekanntgegeben wird. Die Freiflüge werden an jedem der Auslosung folgenden Tage in der Zeit von 11 bis 1 Uhr ausgeflogen. Im Interesse der ordnungsmäßigen Durchführung der Veranstaltung wird den Zuschauern und Flugsäulen genaueste Beachtung der von dem Dienst- und Aufsichtspersonal abgegebenen Anweisungen empfohlen. Es dürfte interessieren, zu erfahren, daß das Flugzeug „Seeschwalbe“ in den letzten Wochen in Worms, Mainz, Köln, Koblenz und anderen Städten viele Flüge ausgeführt und weit über 1000 Personen ohne jeden Unfall befördert hat. Es bietet alle nur denkbaren Sicherheiten gegen Unfälle. Das Flugzeug, das sich in den Tagen vom 16. bis 22. Oktober auf dem Rhein darbietet, wird auch deswegen große Scharen von Schaulustigen herbeiziehen, weil der Rhein zur Zeit hartes Wasser fließt und damit der ganzen Rheinlandschaft ein interessantes Bild gibt. Trendwende Einflüsse über die Flüge der „Seeschwalbe“ hat der Wasserstand nicht im Geringsten, die große breite Fläche des Stroms bietet gewisse Vorteile für den Start und die Landung.

Auskünfte der Redaktion

Besser. Es entscheidet in diesem Falle das Los, wer von den beiden dem Gemeinderat angehören kann. Auf der Vorschlagsliste können aber beide Kandidaten stehen.

Möbel

Gelegenheitskäufe

- Schlafzimmer 3 für. Spiegelschr., wenig geb. 190.-
- Schlafzimmer Eiche moderne Form, wie neu 385.-
- Schlafzimmer Birke imit. neues hochmod. Zimmer 550.-
- Speisezimmer Eiche kompl., mit Tisch u. mit Stühlen 490.-
- Herrenzimmer Eiche wunderschönes mod. Zimmer 485.-
- Küche nat. las. wenig gebraucht, jed. fast neu 180.-
- Küche nat. las. m. Nußbaum Bfz., Kred., Tisch, 2 Stuhl, 1 Hock. 240.-

Möbelhaus
Carl Baum & Co.
Erbprinzenstr. 30
Kein Laden 6459
Ständig Lager über 100 Zimmer u. Küchen

Ich übe meine Praxis wieder wie früher im Hause
Durlacher Allee 10
aus. 6564
Sprechstunden dort: vormittags v. 10-12 nachmittags v. 5-6
Mittwochs und Samstags nur vormittags.
Dr. Richard Wunderlich

Photo-Apparat, 21144
W. H. L. Schöle, Sängers
Kaiserstr. 5, Eingang
Heinrich, Kleingasse

Gaggenauer Anzeigen

Die Gemeinde, Bezirksrats- und Kreisabgeordnetenwahl am 16. November 1930.

Ich bringe hiermit zur öffentlichen Kenntnis, daß die Karte zur Wahl der Gemeindevorstände, der Bezirksräte und der Kreisabgeordneten vom 15. Oktober bis einschl. 22. Oktober 1930 während der Geschäftsstunden und zwar am Freitag bis Freitag vormittags von 8-12 Uhr und nachmittags von 2-5 1/2 Uhr, Samstag von 8-12 1/2 Uhr und Sonntag von 10-12 Uhr auf dem Rathaus, Zimmer Nr. 8 zu jedermanns Einsicht aufgelegt, und daß innerhalb der vorgenannten Frist Einsprüche gegen die Wahlkarte erhoben werden kann.

Wer die Wahlkarte für unrichtig und unvollständig hält, kann dies bis zum Ablauf der Auslegungsfrist beim Gemeindevorstand schriftlich oder zur Niederschrift auf Zimmer Nr. 8 gegen Vorweis der Nichterfüllung seiner Verbindungen nicht öffentlich ist, hat er für die Beweislast zu sorgen.

Nach Ablauf der Auslegungsfrist ist eine Einsprache nicht mehr zulässig. Zur Teilnahme an der Wahl sind alle Deutsche berechtigt, die am Wahltag des 20. Lebensjahr vollendet und seit 6 Monaten auf diesem Gebiet ihren Wohnsitz haben. Hat jemand mehr als einen Wohnort, so ist die Hauptwohnung maßgebend.

Wer das Wahlrecht infolge Wegzugs verloren hat, jedoch vor Ablauf von 3 Jahren wieder in die Gemeinde zurückkehrt, erhält mit der Rückkehr das Wahlrecht wieder.

Das Wahlrecht ruht außer im Falle der Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte durch rechtskräftiges strafgerichtliches Urteil im Falle der Entmündigung, vorläufiger Vormundschaft oder wegen geistiger Gebrechen besetzter Pflegschaft.

Die Ausübung des Wahlrechts ruht auch für die Soldaten während der Dauer der Inanspruchnahme zum Wehrdienst. Wahlen kann nur derjenige, der in die Wahlkarte eingetragen ist, oder durch ein Zeugnis des Bürgermeisters nachweist, daß durch höhere Entscheidung sein Wahlrecht anerkannt worden ist.

Diejenigen Einwohner, bei welchen die Voraussetzungen zur Wahlberechtigung gegeben sind und bis längstens 20. Oktober noch nicht im Besitze der Benachrichtigung, das und an welche Stelle sie in die Wahlkarte aufgenommen sind, sind nicht eingetragen und wollen ihr Wahlrecht während der oben genannten Auslegungsfrist auf Zimmer Nr. 8 geltend machen. 1443

Gaggenau, den 13. Oktober 1930.
Der Bürgermeister:
Zweibel.

Vorführung auf dem Verkauf- und Verkaufsausschuss.
Die Verkaufsausschuss für Landarbeitnehmer-Vormittag in Gaggenau veranstaltet am
Samstag, den 18. Oktober 1930,
2 Uhr mittags,

auf dem Verkaufs- und Verkaufsausschuss der Badischen Landarbeitnehmerkammer in Gaggenau eine Vorführung von verschiedenen arbeitstauglichen Verfahren bei der Kunstschneiderei, darunter auch ein neues Verfahren mit einem besonderen Hand- und Gespanngerät. Außerdem werden die schon in den letzten Jahren bekannt gemachten Verfahren bei der Zuckerrübenzucht sowie die Kopplungsmaßnahmen von Gespanngeräten gezeigt.

Welcher großen Bedeutung für die dauerhaften Wirtschaften, die zweckmäßigen Arbeitsmethoden zur Zeitung der Produktionskosten kennen zu lernen und anzuwenden, wird der Besuch der Vorführung bestens empfohlen.

Vorkehrendes bringe ich hiermit zur öffentlichen Kenntnis.
Gaggenau, den 10. Oktober 1930.

Der Bürgermeister:
Zweibel.



Strickwaren für die ganze Familie

- | | |
|---|--|
| Damen-Westen rein. Woll mit und ohne Kragen . . . 16.50 9.50 | Herren-Pullover mit Reißverschluß . . . 24.50 16.50 |
| Damen-Pullover moderne Muster . . . 19.50 9.75 | Herren-Sportwesten reine Wolle . . . 17.50 9.50 |
| Strickkleider 2 teilig Pulloverm. Rock, ap. Neuh. . . 26.50 18.50 | Herren-Berufswesten in all Größ. u. Weite . . . 12.50 9.75 |
| Mädchen-Pullover und Westen je nach Größe . . . 11.50 7.50 | Knaben-Westen rein. Woll je nach Größe . . . 9.50 6.50 |
| Kinder-Strickkleider reizende Neuh. . . 14.50 9.50 | Sämtliche Bleyle in den neuesten Farben und Formen |

Carl Schöpf

Schauburg

Marienstraße 16 Telefon 6294

Taglich um 4, 7 und 9 Uhr

Al Jolson

in seinem neuen Tonfilm

Der Jazzfänger

AL JOLSON singt u. a.:
Blue River, Mammy, Kol Nidre

Jugendliche haben nachmittags Zutritt

Abnahmeverpflichtungen neuer großer Filme drängen. Eine Verlängerung über die festgesetzte Woche hinaus ist daher nicht möglich.
Donnerstag letzter Tag!

Achtung! Achtung!

Automobilisten und Motorradfahrer!

Zum Ölwechsel verwende man nur

„Hermca“ Rizinus-Autoöle

Gen.-Vertreter: Ludwig Schweinfurth, Bunsenstr. 10, Telefon 926

Durlacher Anzeigen

Mietervereinigung Durlach e. V.

Achtung! Mieter! Achtung!

Das unterm 4. Februar 1926 mit dem Haus- und Grundbesitzerverein abgeschlossene Abkommen wonach die Kosten für stonalanlagen mit 12% verzinst und amortisiert werden können, wird ab 15. Oktober von unserer Seite geändert. Wir bitten unsere Mitglieder, in Zukunft alle Nebengebühren abzulehnen, die nicht vor dem 1. Juli 1930 neben der Miete bezahlt worden sind. (Siehe Reichsmitteilungsblatt Nr. 1443 vom 15. Oktober 1930.)

Der Vorstand.

Offenburger Anzeigen

Einladung zur Wahl der Stadtverordneten der Bezirksräte u. der Kreisabgeordneten

Die Wahl findet am Sonntag, den 16. Nov. 1930 statt. Abstimmungszeit: vormittags 9 Uhr bis nachmittags 6 Uhr, im Bezirk XI von vormittags 10-12 Uhr.

Wahlvorschlagslisten für die Wahl der Stadtverordneten sind bis spätestens 30. Oktober, nachmittags 6 Uhr beim Oberbürgermeister einzureichen.

Für die Wahl der Bezirksräte und der Kreisabgeordneten sind besondere getrennte

Neues
Sauerkraut Dürffleisch Salzfleisch

Jeden Freitag und Freitag 6396
frische Leber- und Griebenwurst empfiehlt

Metzgerei LANG
Kriegstraße 183
Telefon 665

6459
20 Küchen
180.-, 240.-, 290.-, 325.-

Möbelhaus Carl Baum & Co.
Erbprinzenstraße 30
Kein Laden
Auswahl über 100 Zimmer u. Küchen

Goldmarkt: Suche gegen prima Sicherheit von Selbstgeber 1000,- aufzunehmen. Angebote unter Nr. 6662 an das Volksfreundbüro.

Junge Frau sucht Beschäft. i. Waschen und Büben zu ertragen u. 11137 im Volksfr. B.

Jungere Frau, 19 J., sucht Arbeit, gleichm. wirtsch. Angeb. u. 11140 an d. Volksfreundbüro.

Jung. Mädchen, tücht. in allen Hausarb., sucht Stelle für so. od. L. Arb. Angebote unter Nr. 6661 an das Volksfreundbüro.

Strickarbeiten jed. Art b. Hand u. angemessen. Wäghausstr. 47, 2. St. u. ob. Rufnummer 18. 18. 18. auch abgeholt. 33144

Gelegenheitskauf Speise-Zimmer
4 Stühle, 1 Tisch, neu, gute Arbeit, wieg. Platzmangel für nur 340,- abgegeben. 6573
Am Stadtpark 3 Möbelhaus Kungmann

Kredenz
neu, in Arbeit, für nur 185,- abgegeben. 6571
Am Stadtpark 3 Möbelhaus Kungmann

Speise-Zimmer
Eichen, 4 Stühle, neu, alles gut erhalten. 274.- nur
Solange Vorrat. 6441
Zul. Weinheimer Kaiserstraße 81/83

Reizhölzer billig
Glückstr. 16, 3. St. r.

BILLIGE LEBENSMITTEL

- Steinbutt** im Anschnitt . Pfund 1.35
Zander gefroren Pfund 90.7
Kabliau im Ganzen . . . Pfund 35.7
Lebende Karpfen Pfd. von 1.40 an
Wolga-Tauben (Feld-Tauben) anzureichen wie jährige Rebhühner . . . Stück 65.7
- Bücklinge** 5 Pfund-Kiste 1.70, Pfund 38.7
Schellfisch geräuchert Pfund 48.7
Makrelen geräuchert Pfund 65.7
Lachserringe geräuchert . . 2 Stück 25.7
Marinierte Heringe nach Hausfrauen-Art . . . 2 Stück 20.7
Salzheringe 10 Stück 55.7
- Haselnußkerne** neue 1.10 1/4 60.7
Mandeln süß, neue, Pfd. 1.35 1/4 Pfd. 70.7
Haferflocken Pfund 28.7 24.7
Bohnen weiß Pfund 26.7
Viktoria-Erbsen Pfund 28.7
Bohnen braun, gut kochend . . Pfund 18.7
Heller-Linsen neue Pfund 38.7
- Exquisit-Kakao** (Bären-Marke) in Paketen Pfund 95.7 1/2 Pfd. 50.7 1/4 Pfd. 25.7
- Emmentaler** ohne Rinde 1/2 Schachtel 75.7
- Neue Kranzfeigen** Pfund 35.7
Bananen getr. 1/2 Pfund 35.7
Haushalt-Aepfel 4 Pfund 95.7

KARLSRUHE

Rhein-Wasserflugstation
beim Rheinstrandbad
Rappenwört

Vom 16. bis 22. Oktober, täglich von 11 bis 17 Uhr

Rund- u. Sonderflüge

mit dem Wasser-Flugzeug „SEESCHWALBE“

Beste Verbindung: Straßenehmling 2 (fährt von 10-15 Uhr viertelstündlich wie im Sommer bis Rappenwört)

Eintritt in das Strandbad 20 Pf. je Person. Die Eintrittskarte gilt zugleich als Zuschauerkarte

Auf je 100 Karten entfällt ein Freiflug. — Näheres durch die Tagespresse. Flugschleife einschl. Versicherung bei Verkehrsverein, Auskunftstelle Kaiserstraße 155, Kriegstraße 3a, Bernhard Holz, A.-G., Kaiserstraße 229, Agentur der Hapag, Kaiserstraße 215, Lloyd Reisebüro Goldlarb, Kaiserstr. 181, Musikhaus Fritz Müller, Kaiserstraße, Ecke Waldstraße, Zigarrengeschäfte Ed. Flügge, Kaiserstraße 51, Friedrich Töpfer, Kriegstraße 3a, Bernhard Holz, Kaiserstraße 64, Weißwarengeschäft Karl Holzschuh, Werderstraße 48, Lotterieleinnehmer F. J. Sonner, Kaiserstraße 5 und an der Landestelle 1447

Deutsche Lufthansa A.G., Rheinflugdienst
Verwaltung des städtischen Verkehrswesens

Geiß-Fleischige Speise-Kartoffeln

für den Winterbedarf aus den besten badischen Kartoffelanbauregionen, in bekannt guter Qualität, liefert prompt und billig frei Keller an Private und Großverbraucher 6304

Badische landwirtschaftliche Zentralgenossenschaft e. G. m. b. H., Karlsruhe
Büro: Lauterbergstr. 3 / Lager: Schlaichhausstr. 3 / Tel. 4620-4626

Schön, sonn. 4 Zimmer, Bad, elektr. Licht, 1. Etage mit Balkon, Bad, 7 WZ, 3 bett. WZ, 10 WZ, 6, 2. Et. l. 11146, Französisch, Gartenstr.

Wäscherei Roll

wäscht von 20 Pf. ab jede Wäsche separat

also hygienisch + untr. Garantie

Billige Trauben

Zum Schluß der Saison
süße, haltbare Gold-Trauben 2 Pfd. 75 Pf.

f. Kurzwicke geeignet

la frische Ananas im Anschnitt

Wein-Haus Just
Südrüchters-Abteilung, Kaiserstr. 91.